

Ressort: Finanzen

Deutsche Wirtschaft fürchtet Schäden durch schärferes Reiserecht

Berlin, 24.08.2016, 16:06 Uhr

GDN - Die deutsche Wirtschaft fürchtet einen massiven Schaden für die Reisebranche, sollte die Bundesregierung das Reiserecht wie geplant deutlich verschärfen. "Sollte es bei der bestehenden Regelung bleiben, ist die Vermittlung von Einzelleistungen in stationären Reisebüros kaum noch möglich. Damit wäre die Zukunft von zahlreichen kleinen und mittelständischen Reisebüros sowie der damit verbundenen Arbeitsplätze gefährdet", heißt es in einem Positionspapier des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK), berichtet das "Handelsblatt".

Hintergrund ist die neue EU-Pauschalreiserichtlinie, die bis Ende 2017 in nationales Recht umgesetzt werden muss. Sie soll den Verbraucher unter anderem vor den Auswirkungen einer Insolvenz von Reiseanbietern schützen. So wolle das Ministerium auch einzelne Reiseleistungen, etwa die Vermittlung von Ferienwohnungen, mit Pauschalreisen gleichstellen, sofern durch sie "Rahmen und Grundzüge der Reise vorgegeben sind". "Mit der aktuellen Formulierung wird aber Tür und Tor dafür geöffnet, dass zukünftig fast alle Reiseleistungen als Pauschalreise angesehen werden, denn auch die einfache Hotelübernachtung oder eine Bahnfahrt geben den "Rahmen" einer Reise vor", warnt der DIHK. Anbieter oder Vermittler solcher Einzelleistungen wären dann Reiseveranstalter, die "erheblichen Pflichten" im Hinblick auf Information, Fürsorge, Insolvenzabsicherung unterlägen. Kritisch sieht der DIHK auch die geplanten Regelungen bei der Vermittlung einzelner Reiseleistungen wie zum Beispiel der Buchung eines Fluges und eines Mietwagens durch einen Kunden. "Hier wird der Reisevermittler laut Richtlinie in Zukunft zum Anbieter "verbundener Reiseleistungen" und unterliegt damit der Insolvenzabsicherung." Weise er alle Einzelleistungen beispielsweise in einer Gesamtrechnung aus, werde er sogar zum Reiseveranstalter. "In der Folge muss er dann wesentlich mehr Pflichten gegenüber dem Kunden erfüllen", so der DIHK.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-77027/deutsche-wirtschaft-fuerchtet-schaeden-durch-schaerferes-reiserecht.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619